

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
18. WAHLPERIODE

**STELLUNGNAHME  
18/1624**

A15, A05



Achim Wölfel  
Landesgeschäftsführer NRW  
0221 669 665 13  
[achim.woelfel@mehr-demokratie.de](mailto:achim.woelfel@mehr-demokratie.de)

25.06.2024

## **Stellungnahme von Mehr Demokratie e.V. zum Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

*„Vermittlung demokratischer Werte und Strukturen zukunftsfest stärken“, Drucksache 18/8433. Für die Anhörung des Ausschusses für Schule und Bildung des NRW-Landtags am 02. Juli 2024 um 14:00 Uhr.*

Mehr Demokratie e.V. bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum vorliegenden Antrag.

Demokratien stehen weltweit von innen und außen unter Druck. Es muss auch in Nordrhein-Westfalen in einer gemeinsamen und parteiübergreifenden politischen Kraftanstrengung reagiert werden, um unsere demokratische Gesellschaft zu stärken und demokratische Institutionen zu schützen. Der sehr umfangreichen Beschreibung und Analyse der politischen Ausgangslage im vorliegenden Antrag können wir uns weitestgehend anschließen. Das vorgebrachte Anliegen – eine Stärkung und Verstetigung der Bemühungen zur Vermittlung demokratischer Werte und Strukturen in Bildungseinrichtungen als Reaktion auf die genannten Entwicklungen – begrüßen wir ausdrücklich. In der folgenden Stellungnahme werden wir nach einer kurzen Vorbemerkung einige aus unserer Sicht zentrale Punkte aus I. Ausgangslage und II. Beschlussfassung herausgreifen und kommentieren.

Demokratien erschöpfen sich nicht ihrer bloßen formalen Existenz. Sie werden ganz entscheidend von alltäglichen Handlungen der Menschen auch in vermeintlich unpolitischen Bereichen geprägt. Nach dem dänischen Rechtsphilosophen Alf Ross lassen sich mit Blick auf Demokratien eine systemische und eine alltägliche Sphäre unterscheiden. Die systemische Sphäre umfasst bspw. Wahlen, Mandate, Gesetze oder auch formalisierte Entscheidungsprozesse. Die alltägliche Sphäre u.a. Lebensstile, (demokratische) Kultur, Werte und Haltungen. Diese beiden Sphären stehen in einem Abhängigkeitsverhältnis und ständigem Austausch zueinander. Ihre

Schnittstelle ist die demokratische Beteiligung, ob durch Wahlen, Gremienarbeit, Abstimmungen oder deliberative Formate. Nun mag es zahlreiche solcher politikwissenschaftlichen Modelle mit all ihren Stärken und Schwächen geben, für Erklärungen im Bereich der politischen Bildungsarbeit an Schulen erscheint uns dieses aber besonders hilfreich. Allzu oft ist es der Anspruch aus der Politik mithilfe von politischer Bildung den Bürger:innen in erster Linie die systemische Sphäre zu erklären, in der Hoffnung, dass sich das gute demokratische Miteinander dann schon einstellen werde. Mit diesem Ansatz sind viele Menschen jedoch überfordert. Im Antrag wird in diesem Zusammenhang richtigerweise auf die „trockene Institutionenlehre“ verwiesen, die es zu vermeiden gelte. Nun darf die systemische Sphäre keineswegs außer Acht gelassen werden, die Schnittstelle zwischen beiden Bereichen sollte aber deutlich stärker in den Vordergrund rücken. Denn gerade hier wird Demokratie greif- und erlebbar und hier können die so wichtigen und ebenfalls im Antrag erwähnten Selbstwirksamkeitserfahrungen gesammelt werden. Zahlreiche Formate dieser Art zur niedrigschwelligen und zielgruppengerechten Vermittlung von Grundlagen des demokratischen Miteinanders existieren bereits und könnten noch deutlich stärker und flächendeckend zum Einsatz kommen. Etwas provokativ könnte an dieser Stelle angemerkt werden, dass es dafür möglicherweise und sicherlich wohldosiert einen gewissen Mut bräuchte, politische Bildung auch mal auf den ersten Blick unpolitisch sein zu lassen.

Mehr Demokratie e.V. begrüßt den Ansatz des Antrags, das Bildungswesen auf allen Ebenen umfassend zu stärken, kommt diesem doch eine entscheidende Rolle bei der Vermittlung demokratischer Werte und Strukturen zu. Auch halten wir es für sinnvoll, mit dieser Vermittlung bereits möglichst früh zu beginnen und politische Grundlagenbildung dabei als Querschnittsaufgabe zu begreifen, die alle Bereiche, Fächer und Angebote an Schulen betrifft. Wir wissen aus der Forschung, dass staatsbürgerliche Sozialisation umso nachhaltiger ist, desto früher sie beginnt. Wer sich einmal an der Schule im Rahmen eines Planspiels oder Aktionstages beteiligt hat, wird dies mit hoher Wahrscheinlichkeit wieder machen. Wer einmal gewählt hat, wird mit hoher Wahrscheinlichkeit wieder wählen, wer sich einmal politisch in einer Initiative oder Partei eingebracht hat, wird das mit hoher Wahrscheinlichkeit wieder tun usw. Unter anderem deshalb ist es auch so sinnvoll, dass die aktuelle Landesregierung in ihrem Koalitionsvertrag eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre festgehalten hat und sich auch bundesweit zumindest mittelfristig eine Angleichung des Wahlalters auf allen Ebenen auf 16 Jahre abzeichnet. Mit der bloßen formalen Absenkung des Wahlalters ist es natürlich nicht getan, junge Menschen müssen auch frühzeitig und gründlich auf ihre neue Beteiligungsmöglichkeit vorbereitet werden. Im Antrag wird in diesem Sinne richtigerweise angemerkt, dass Partizipationsmöglichkeiten für Schüler:innen aller Altersklassen und Schulformen gestärkt werden sollen, einige Beispiele sind hierfür etwa Jugend- und Juniorwahlen, eine sogenannte Verfassungsviertelstunde, die Wahl von Klassen- und Schulsprecher:innen, geloste Formate, sogenanntes Demokratie-Fitness-Training oder verbindliche Demokratie-Projektwochen, wie sie kürzlich auch schon einmal im Rahmen eines Oppositionsantrags (Drucksache

18/7196) im Landtag diskutiert wurden (Ausführliche Informationen zu allen genannten Formaten reichen wir bei Bedarf übrigens gerne an Interessierte nach).

Solche Formate und Maßnahmen haben das Potenzial, verloren gegangenes Vertrauen in unsere demokratischen Institutionen und eine grundsätzliche Zufriedenheit mit unserer Demokratie wieder herzustellen. Sie können deshalb auch als Beitrag zu der auf Seite 3. erwähnten Problematik niedriger Wahlbeteiligung verstanden werden. So hatten bei der letzten Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen in 2022 lediglich 55,5 Prozent der Wahlbeteiligten ihre Stimme abgegeben – ein historisch tiefer Wert. Hier gegenzusteuern ist auch deshalb nötig, weil es einen Zusammenhang zwischen sozialer Ungleichheit und Wahlbeteiligung gibt. Menschen aus prekären Lebensverhältnissen sind systematisch unterrepräsentiert bei Wahlen, aber auch bei Abstimmungen und nahezu allen anderen Beteiligungsformaten. Spezielle Formate, die eine Steigerung der Wahlbeteiligung insbesondere junger Menschen zum Ziel haben, existieren unseres Wissens nach bisher erst in sehr überschaubarer Anzahl, was unter anderem darauf zurückzuführen ist, dass eine niedrige Wahlbeteiligung flächendeckend lange Zeit kein drängendes Problem dargestellt hat und es auch heute etwa bei Bundestagswahlen nicht tut. Doch selbst dort zeigt sich, betrachtet man bestimmte Regionen, Städte oder Stadtteile, die in Talkshows gemeinhin gerne als „abgehängt“ bezeichnet werden und von denen es viele auch in Nordrhein-Westfalen gibt, dass erhebliche Unterschiede in der Wahlbeteiligung existieren. Unser Verein konnte hierzu kürzlich Erfahrungen im Rahmen eines landesweiten Schulwettbewerbs sammeln, den wir zur Europawahl durchgeführt haben, bei der erstmals auch 16- und 17-Jährige wählen durften, und der vom Wissenschaftscampus NRW derzeit ausgewertet wird. Erste Zwischenergebnisse deuten darauf hin, dass solche Formate zu einer Steigerung der Wahlbeteiligung beitragen können. Mit Blick auf die anstehenden Kommunalwahlen und die nächste Landtagswahl sehen wir in diesem eher neuen Bereich der politischen Bildungsarbeit in jedem Falle dringenden Handlungsbedarf.

Abschließend soll noch kurz auf einzelne im Antrag auf S.5 genannte Punkte eingegangen werden, mit denen der Landtag die Landesregierung im Sinne der Antragssteller beauftragen soll. Den flächendeckenden Besuch von Gedenkstätten mindestens einmal im Laufe der Schulzeit aller Schüler:innen unterstützen wir ausdrücklich. Angesichts der Zunahme von Antisemitismus und Rechtsextremismus scheint die Aufklärung über die nationalsozialistische Vergangenheit Deutschlands aktuell dringender geboten zu sein denn je. Gleiches gilt – wenn auch aus gänzlich anderen Gründen – für den Punkt, dass Schulen gezielt den Kontakt zu politischen Institutionen und gewählten Mandatsträger:innen suchen sollen. Gerade über Abläufe und die Funktionsweise kommunaler Demokratie zeigen sich bei unserer Arbeit häufig enorme Wissenslücken bei jungen Menschen. Weiterhin halten wir es für empfehlenswert, zivilgesellschaftliche Akteure, die sich im weitesten Sinne für unsere Demokratie, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Menschenrechte einsetzen, stärker in die politische Bildungsarbeit einzubeziehen. Wir denken hier etwa an die bereits oben erwähnte Verfassungsviertelstunde, die in Bayern geplant

ist und auf einen Passus im Koalitionsvertrag von CSU und Freien Wählern zurückgeht. Einmal wöchentlich soll in allen Bildungseinrichtungen eine Viertelstunde der Demokratie-Bildung gewidmet werden. Im Fokus soll die praktische Anwendung von Demokratie stehen. Bei der Entwicklung von Schulungs- und Unterrichtsmaterial soll die Zivilgesellschaft dabei aktiv miteinbezogen werden. Schließlich begrüßen wir es, dass Lehrkräfte und anderes pädagogisches Personal regelmäßig im Bereich der Demokratie-Bildung fortgebildet werden sollen. Insbesondere um auf aktuelle (weltpolitische) Geschehnisse einzugehen, erscheinen uns auch kürzere, bspw. ein- oder zweitägige Fortbildungen sinnvoll. Allerdings möchten wir darauf hinweisen, dass es hier häufig nicht an Fortbildungsmöglichkeiten oder gar am Willen einzelner Lehrkräfte scheitert, sondern an den Rahmenbedingungen, innerhalb derer das Lehrpersonal agiert. So wird uns etwa bei Kooperationsprojekten mit Schulen regelmäßig gespiegelt, dass aufgrund von Personalmangel, steigender Erwartungen und schulischer Zwänge kaum Zeit bleibt, um an solchen Fortbildungen teilzunehmen.